



Leipzig
Rückblick auf die „Kollektion Lindenau“

Unter dem Eindruck des dramatischen Wohnungsleerstands und rapiden Verfalls der unsanierten Häuser beschreibt die Leipziger Baupolitik schon seit einigen Jahren den Weg einer systematischen Dezimierung des Altbaubestands. „Stadtschrumpfung“ heißt der gängige Begriff für den Rückbauprozess, den man treffender als „Stadtperforation“ (Heft 24/01) bezeichnen sollte. Denn der urbane Organismus schrumpft keineswegs konzentrisch von außen nach innen, sondern wird durch Abrisse an mehreren Stellen rund um den Stadtkern durchlöchert. Ein Beispiel dafür ist die Kuhlurmstraße in Lindenau, einem von Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen besonders gebeutelten Stadtteil in Leipzigs Westen. Bis 2001 wurde ein Großteil der gründerzeitlichen Bebauung sukzessive abgerissen. Das desolatte Erscheinungsbild der mit Maschendraht abgezäunten oder notdürftig begrünten Baulücken vor Augen, hatte der Verein Leipziger Jahresausstellung in Zusammenarbeit mit der Stadt vor zwei Jahren einen Wettbewerb zur temporären künstlerischen Gestaltung der neu entstandenen Brachen der Kuhlurmstraße und einiger weiterer Flächen in der Nähe des Lindenauer Markts veranstaltet (Heft 1–2/03). Gefragt waren keine autonomen Kunstwerke, sondern standortbezogene Installationen, die das Viertel sowohl ästhetisch als auch funktional aufwerten, den Stadtbau reflektieren und neue Aktionsräume für die Bevölkerung schaffen. Das soziale Anliegen des Wettbewerbs fand in der vom Künstler Maix Mayer

und dem Architekten Stefan Rettich initiierten „Kollektion Lindenau“ eine besonders konsequente Umsetzung. Ausgehend von der These, dass die Kunst nicht erst in den Stadtteil getragen werden müsse, sondern längst da sei, schickten sie die Kunsthistorikerin Christine Breitschopf auf die Suche nach „verborgenen Kunstwerken“ in den Lindenauer Wohnungen. Die Fundstücke wurden in einem angemieteten Ladenlokal in der Kuhlurmstraße ausgestellt, um einen Austausch der Kunstauffassungen der Bewohner anzuregen (Foto: Maix Mayer, Leipzig). Die Resonanz war groß, ebenso die Bereitschaft, das eigene Lieblingsbild für das Projekt auszuleihen. In den drei Ausstellungen, die seitdem stattgefunden haben, konnte man sich davon überzeugen, dass über den Lindenauer Sofas beileibe nicht nur Alpenlandschaften mit röhrenden Hirschen und karibische Palmenidyllen hängen. Bei der Auswahl war aber nicht die Qualität der Kunstwerke entscheidend, sondern die persönlichen Geschichten, die ihre Besitzer über sie zu erzählen wussten. So zeichnete Breitschopf Interviews auf Video auf, die in den Ausstellungen präsentiert wurden. Die Lindenauer konnten dabei ihre Nachbarn wiedererkennen und über deren Kunstsinne staunen. Nach der dritten Ausstellung schloss die Kollektion Lindenau am 28. Januar ihre Pforten. Zum Abschluss diskutierten die Direktorinnen der Kunstsammlungen Gera und – passenderweise – des Lindenau-Museums Altenburg mit einem Kunstsammler über die „Logik des Sammelns“. Der Andrang, der bei der Veranstaltung herrschte, führte vor Augen, wie wünschenswert eine Neuaufgabe dieses identitätsstiftenden Projekts wäre. *Arnold Bartetzky*

Leserbriefe

Das Braunschweiger ECE-Schloss
 Heft 1–2/04, S. 30

Einen Vorschlag, das Schloss als EXPO-Beitrag nachzubauen, hat es (von wem auch immer) nie gegeben. Ebenso wenig hat ein Schlossmodell über die Jahre „eine gewisse Wandlung“, u. a. mit Multiplexnutzung, erfahren. Abgesehen davon gibt es keine Munte-Stiftung. Der Wiederaufbau des Schlosses ist Mitte der 90er Jahre von Richard Borek und mir propagiert worden, als der Standort für ein Multiplexkino gesucht wurde. In der oberen Etage sollte das Kino etabliert werden, im Erdgeschoss Läden des gehobenen Bedarfs, eine Ladengattung, die in Braunschweig weitgehend nicht mehr vorhanden ist. In diesem Zusammenhang habe ich das erwähnte Modell anfertigen lassen, das im Rahmen eines Empfanges der Stadt Braunschweig geschenkt wurde. Da die Stadt dieses Geschenk nicht zur Kenntnis nahm, war der neue Adressat dann das Landesmuseum. Zur EXPO hatte ich versucht, der Stadt Braunschweig ein weiteres Geschenk zu machen. Mein Vorschlag: die auf dem Modell aufgezeigte geänderte Verkehrsführung des Bohlwegs in Süd-Nordrichtung provisorisch als zwei- oder dreispurige Straße von der Georg-Eckert-Straße durch den Schlosspark zum Ritterbrunnen zu realisieren, mit der dann überflüssig werdenden Bohlweg-Hälfte als Flaniermeile. Sowohl der Bau einer asphaltierten Straße als auch deren Rückbau nach der EXPO waren offeriert. Auch dieses Angebot wurde von der Stadt Braunschweig nicht zur Kenntnis genommen. ECE ist einer der schärfsten und gefährlichsten Bauauftraggeber in Deutschland. In verschiedenen Baufirmen ist es daher untersagt, überhaupt Angebote für ECE zu machen. Insofern ist der „Fortgang“ (wird Munte den ECE Koloss bauen?) barer Unsinn. Der Artikel insgesamt ist so provozierend falsch und einseitig polemisch, dass un schwer zu erkennen ist, welche Drahtzieher den Autor (mit welchen Zuwendungen auch immer) gelenkt haben müssen. *Michael Munte, Braunschweig*

Betrifft: Bildung auf hessisch
 Heft 3/04, S. 7

Architektenkammer oder Kinderbewahranstalt? Unter dem Deckmäntelchen der „Cuttat für Bauherrn“ hat es eine weltfremde Laienschar innerhalb der sonst vorbildlichen Hessenkammer fertig gebracht, die eigene Einrichtung zu bereichern. Und das gleich mit der Tücke eines Landesgesetzes. Scheinheiligkeit oder Pharisäertum? Erringt ein sonst normaler Mensch eine Dienststellung oder gar einen Dienst rang, so folgt fast automatisch eine Mutation innerhalb seiner Gehirnzellen. Dagegen ist niemand gefeit, auch kein ursprünglich gelernter Architekt. Zum Entsetzen seiner Umgebung vergisst er sofort, wie laut er einst gegen „Bürokraten“ und „Sesselfurzer“ gewettert hat, und verpestet nun selber mit dubiosen Maßnahmen die Atemluft. Soeben erschien in der „Rheinpfalz“ ein Artikel, der nachweist, dass verschiedene so genannte „Brüsseler“ in Wirklichkeit verkappt in deutschen Behördenstuben hocken und erst dort, bei der „nationalen Umsetzung“, alles, was ihnen in ihren Alträumen je eingefallen ist, in wesentlich verschärfte deutschnationale Vorschriften und Gesetze einbringen, in der Hoffnung, andere würden vom Verbraucher beschimpft werden. Und Gesetzessamen fallen beim immer noch regelgläubigen Deutschländer auf fruchtbaren Boden, sogar, wenn das daraus wachsende Gestrüpp später zum eigenen Schaden gereicht. Nun kann man hierzulande kein Gesetz in die Vergessenkammer sperren. „Wo kämen wir da hin?“, meint der Präsident auf meine schüchterne Anfrage. Das wären dann ja wohl „balkanische Zustände“? Wo Verfolgung angedroht ist, wird sie auch ausgeübt. Neben jeder Verordnung steht ein Schutzmann mit Tschako und Kelle. So werden die Hessenkollegen wohl oder übel ihre persönlichen „Fortbildungspunkte“ ansparen müssen, um sich aus dem Dilemma, das ihre eigenen Delegierten angerichtet haben, herauswinden zu können. Die Wette lautet: Werden die anderen Länderkammern diesem hausgemachten Blödsinn folgen, oder sind sie schlauer? Und was sagt der Askanische Platz zum Kollegenstreich? Die Behördentauglichkeit von Berlin bedarf ja schließlich keiner neuen Beweise? *Joachim Langner, Ludwigshafen*

Betrifft: Die Zwischenarmee
 Heft 5/04, S. 9

Sehr geehrte Redaktion, in Bezug auf den Artikel möchten wir einige Dinge richtig stellen: Die Kritik der Initiative ZWISCHEN PALAST NUTZUNG an der Vermietung des Palastes der Republik durch das Bundesvermögensamt an die Firma Terra Präsenta GbR (Erfurt) ist kein Konflikt zwischen Hochkultur und Profit-Boulevard. Seit Beginn der Initiative haben wir uns vielmehr immer für ein breites Spektrum von Nutzungen eingesetzt – von Opern und Konzerten über Ausstellungen bis hin zu Clubs und Jugendsport. Was wir kritisieren ist zum einen, dass das Bundesvermögensamt dem kommerziellen Betreiber Terra Präsenta gegenüber nicht nur wesentlich weniger Miete als wie von der Initiative ZWISCHEN PALAST NUTZUNG verlangt hat – statt 1000 Euro/Tag nur wenige tausend Euro im Monat, sondern ihm auch sonst wesentlich günstigere Konditionen einräumte. So schloss er mit Terra Präsenta einen Vertrag ab, bevor eine Baugenehmigung vorlag, während er deren Vorlage von der Initiative vor einem Vertragsabschluss gefordert hat. Unter solchen erleichterten Bedingungen hätte die Initiative schon vor längerem einen Vertrag mit dem Eigentümer abschließen wollen und können, der aber an einer Kooperation nicht interessiert war. Dass mag zwar verständlich sein, da die Initiative ZWISCHEN PALAST NUTZUNG das Bundesvermögensamt in einem fast zwei Jahre währenden, konfliktreichen Prozess überhaupt von der Möglichkeit einer Zwischennutzung überzeugen musste und von daher das Verhältnis von Anfang an gespannt war. Von einer Gleichbehandlung unterschiedlicher Nutzungsanfragen kann jedoch keine Rede sein. Der zweite Kritikpunkt richtet sich gegen die Dauer der Vermietung von sechs Monaten, die der Initiative – obgleich sie zahlreiche Nutzungsinteressenten vertritt und im Rahmen ihres Konzeptes auch für eine Vielfalt neuer Projekte offen war – vom Eigentümer explizit grundsätzlich verwehrt wurde. Es erscheint problematisch, diesen zeitgeschichtlich wichtigen und in der Öffentlichkeit so präsenten Ort einem privaten Nutzer für ein geringes Entgelt für über 2/3 seiner Restnutzzeit exklusiv zu überlassen (das Gebäude ist nicht beheizbar und soll im Frühjahr 2005 abgerissen werden), während es zahlreiche andere Nutzungsinteressenten gibt

und etwa auf dem danebenliegenden Schlossplatz die sinnvolle Regel gilt, das Nutzer maximal für vier Wochen präsent sein dürfen. Erst durch die jüngste Intervention von Kultursenator Flierl konnte nun eine Verständigung mit dem Eigentümer erzielt werden, um die verbleibenden Nutzungsmöglichkeiten für freie Projekte zu nutzen. Somit geht ihr Wunsch nach Gleichzeitigkeit von Terracotta-Schau und Staatsoper in Erfüllung. Angesichts des bestehenden Vertrages mit Terra Präsenta muss die Initiative ZWISCHEN PALAST NUTZUNG und die mit ihr verbundenen zahlreichen Nutzer schwerwiegende Nachteile hinnehmen. Die notwendigen Investitionen für Brandschutz und Verkehrssicherheit von ca. 100.000 Euro zur Herrichtung einer Veranstaltungstätte müssen in einer Nutzungszeit von 6–8 Wochen refinanziert sein. Ein Teil der geplanten und finanzierten 21 Projekte können unter den veränderten Bedingungen nur verkürzt und modifiziert stattfinden. Zwar hat der Eigentümer auch die Möglichkeit einer Parallelnutzung eines kleineren Raumes unter der Volkskammer eingeräumt. Doch hierfür müssen weitere Zehntausende Euros investiert werden. Die Konditionen für Terra Präsenta dagegen: ein langer Nutzungszeitraum zu einer geringfügigen Miete, die nur einen Bruchteil darstellt der Gebühren für das ursprünglich beabsichtigte Ausstellungszelt auf dem Schlossplatz. Uns erscheint es eine verkehrte Welt, wenn der Staat als Eigentümer einen wichtigen historischen Ort an eine private Firma für wenig Geld verscherbelt, während er von einer gemeinnützigen, bürgerlichen Initiative, die für eine öffentliche Plattform eintritt und vielen Interessenten offen steht, wesentlich mehr Geld fordert und ihr nur unter erschwerten Bedingungen die Nutzung gestattet. Umsomehr sind wir auf die ideelle und finanzielle Unterstützung angewiesen und bitten um steuerabsetzbare Spenden und anderweitige Unterstützung. *Philipp Oswald, Stefan Rethfeld, Berlin*